

Pankower Post

Zeitung der bündnisgrünen Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung

MOBILITÄTSWENDE IN PANKOW

So stellte sich der renommierte Rotterdammer Stadtplaner Martin Aarts 2020 die Ossietzkystraße vor. Mittlerweile ist sie eine Fahrradstraße, jetzt fehlen noch die Parklets! Wie geht die Mobilitätswende in Pankow weiter voran? » [weiterlesen auf Seite 8](#)



© Büro MIA* / Martin Aarts

DICKE LASTWAGEN AUF ENGEN DORFSTRABEN

Was tun in Niederschönhausen, Wilhelmsruh und Rosenthal?

Seit Jahren schon bewegen sich große, schwere LKWs über die engen, zum Teil noch mit grobem Pflaster belegten Hauptstraßen in Wilhelmsruh, Rosenthal, Niederschönhausen und Französisch Buchholz. Sie fahren von der Autobahnabfahrt Schönholzer Straße quer durch die Wohnsiedlungen zum Reinickendorfer Gewerbegebiet Flottenstraße oder noch weiter, zu Zielen im westlichen Berlin. Oder eben andersherum, von dort aus zur Autobahn.

Das Problem für Menschen, die hier wohnen, ist offensichtlich – sie sehen es, sie hören es, sie riechen es, ja, sie spüren es, wenn die Wände wackeln. Doch für die Menschen, die die Beschwerden auf den Schreibtisch bekommen und noch nie hier waren, ist das Problem gar nicht so leicht zu verstehen. Schaut eine Verkehrsplanerin auf ihre Berlin-Karte, stellt sie fest: Wilhelmsruher Hauptstraße, Kastanienallee, Straße vor Schönholz und Schönhauser Straße sind als Hauptstraßen kategorisiert. An Hauptstraßen ist es nun mal laut, denkt sich die Verkehrsplanerin. Warum sollten die LKWs über andere Hauptstraßen geleitet werden, fragt sie sich, dort wohnen schließlich auch Menschen, die Belastung würde sich nur verschieben. Erst vor Ort erkennt man: Das Problem in Wilhelmsruh, Niederschönhausen und Rosenthal ist ein anderes. Denn die Hauptstraßen hier sind die alten, engen Dorfstraßen von früher. In der Theorie fallen sie zwar in dieselbe Straßenkategorie wie die Hauptstraßen in Reinickendorf, aber sie verfügen nur über zwei schmale Spuren, eine Fahrspur pro Richtung, während die Hauptstraßen in Reinickendorf viel breiter sind, oft über vier und manchmal sogar sechs Spuren verfügen.

Weil die Senatsverwaltung auf Beschwerden von Anwohnenden nicht reagierte, bekamen Vertreter*innen der bündnisgrünen Fraktion Pankow ihren geballten Frust auf dem Fest zur 125-Jahr-Feier von Wilhelmsruh 2018 zu spüren. Was haben wir seitdem getan? Es gab viele Treffen und Gespräche mit den Aktiven aus den verschiedenen Verkehrsinitiativen, Telefonate und einen Haufen E-Mails. Den ersten Anträgen 2019 auf verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) stellvertretend für die Verkehrsinitiativen rund um Thomas Zoller – und damals noch Ingo Baenisch – folgte schnell Ernüchterung. Das Bezirksamt war mit dem Problem überfordert (kein Geld, zu wenig Personal, diverse andere Probleme...), die Senatsverwaltung schob das Problem beiseite und igelte sich ein.

Lösung: Sperrung der Hauptstraßen für den schweren Lastverkehr

Dafür nahm das mit den Verkehrsinitiativen und der Direktkandidatin für das Berliner Abgeordnetenhaus in Wahlkreis 2, Susanne Jahn, erarbeitete Konzept eines Kiezgebietes ohne durchfahrende LKWs langsam Form an. Die bündnisgrüne Fraktion gab 2021 auf Initiative der damaligen Bürgermeisterkandidatin Cordelia Koch bei einem Verkehrsjuristen ein Rechtsgutachten in Auftrag, das klären sollte, wie ein solches Kiezkonzept umgesetzt werden kann.

Das Gutachten „Handlungsmöglichkeiten zur Unterbindung des schweren Lastverkehrs im Pankower Nordwesten“ gab eine klare Empfehlung: Mit dem straßenrechtlichen Instrument der sogenannten Teileinziehung einer Straße für eine be-

stimmte Benutzergruppe kann LKW-Verkehr, der sein Fahrtziel nicht in diesem Kiezgebiet hat, die Benutzung der Hauptstraßen untersagt werden. Dann ist jetzt alles klar?

Gutachten zu Handlungsmöglichkeiten:

Einfach den QR-Code mit dem Smartphone scannen!



Nein. So einfach, wie sich das anhört, ist es leider nicht. Ein so großes Gebiet, also Wilhelmsruh, Rosenthal und Teile von Niederschönhausen, per Teileinziehung vom LKW-Verkehr zu befreien, wäre ein absolutes Novum, für das es derzeit kein Vorbild in Berlin gibt. Hiermit würden wir „Neuland“ betreten. Aber wir sind auf einem guten Weg: Die neue Staatssekretärin für Mobilität, Meike Niedbal, kam und sah sich die Situation vor Ort an. Es folgten weitere Termine mit ihr. Es gibt endlich den ernsthaften Willen, sich gemeinsam dem Problem zu stellen.

Wie geht es weiter?

Die BVV hat im August 2022 das Bezirksamt beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, ein Kiezgebiet ohne durchfahrenden LKW-Verkehr zu verwirklichen. Für eine solche Prüfung braucht der Bezirk finanzielle Mittel von der Senatsverwaltung. Die Chancen dafür stehen gut. Die nächsten Schritte könnten dann ähnlich sein wie beim Gewerbegebiet Niederschönhausen, rund um die Wackenbergsstraße. Dort besteht in einem viel kleineren Gebiet ein vergleichbares Problem. Wie dort könnte ein externes Büro mit einem umfassenden Gutachten beauftragt wer-

BVV – EIN JAHR NACH DER WAHL

Am 4. November 2021 kam die Bezirksverordnetenversammlung Pankow zur ersten Sitzung nach der Wahl zusammen. Was geschah dort, was passierte seitdem und was beschäftigte die bündnisgrüne Fraktion im vergangenen Jahr?

» [weiterlesen auf Seite 2](#)



© Cammel Fuhs

PANKOWER TOR

Bald geht es los: Was passiert mit dem Gelände des ehemaligen Rangier- und Güterbahnhofs Pankow und dem Rundlokschuppen an der Prenzlauer Promenade?

» [weiterlesen auf Seite 6](#)

KLIMAKRISE, CORONAKRISE, ENERGIEKRISE

Die bündnisgrünen Bezirksstadträt*innen Cordelia Koch und Cornelius Bechtler sind bei den Themen Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie in Pankow ganz nah dran. Wie läuft das Krisenmanagement im Bezirk?

» [weiterlesen auf Seite 3](#)



© Jonas Teune/ BA Pankow

WEITERE AUSGABEN

Von dieser Zeitung gibt es vier verschiedene regionale Ausgaben. Um die anderen drei auf unserer Website zu lesen, folgen Sie dem Link [gruene-fraktion-pankow.de/fraktionszeitung](https://www.gruene-fraktion-pankow.de/fraktionszeitung) oder scannen Sie einfach den QR-Code mit dem Smartphone!



Jan Drewitz ist Sprecher für Mobilität in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

den, in dem die Gegebenheiten genau analysiert und bei dessen Erstellung die Bürger*innen beteiligt werden. Damit könnten die kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen bestimmt werden, und die Verwaltung könnte sie endlich angehen.

PANKOW: FAST WIE IN EINER NETFLIX-SERIE

Ein Jahr ist es nun her, dass der Linke Sören Benn sich zum Bürgermeister wiederwählen ließ, obwohl er ohne die AfD keine eigene Mehrheit hatte. Was hat sich seitdem in der Bezirkspolitik getan?

Im November 2021 machte Pankow bundesweit Schlagzeilen: „Rathaus of Cards“ titelte eine Zeitung, eine andere nannte den Bürgermeister den Frank Underwood von Pankow – eine Anspielung auf den Politthriller House of Cards. Doch die Netflix-Serie, in der es um Intrigen und Korruption geht, könnte man glücklicherweise nicht in einer Pankower Version drehen. Gleichwohl war ein Tabubruch geschehen.

Der Linken-Bürgermeister Sören Benn war in geheimer Wahl mit den Stimmen der AfD gewählt worden. Jedenfalls sagte das die AfD. Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP sagten, sie hätten ihn nicht gewählt. Linksfraktion und SPD hatten eine Minderheits-Zählgemeinschaft gegründet, um Benn zu wählen. Gemeinsam kamen sie auf 23 Stimmen, ihnen fehlten fünf zur Mehrheit – genauso viele, wie die AfD Sitze in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat.

Warum keine rot-rot-grüne Einigung?

Für die Pankowerinnen und Pankower blieb der Vorgang rätselhaft. Bei der Wahl hatten die Bündnisgrünen mit Abstand die meisten Stimmen geholt. Gemeinsam mit Linke und SPD hatten sie eine satte Mehrheit in der BVV. Bei so einem Ergebnis hätte eine Grüne zur Bürgermeisterin gewählt werden sollen. Warum konnten sich die drei Parteien nicht wie auf Landesebene einigen? Auch in Pankow hatten sie lange eine Zählgemeinschaft gebildet und gemeinsam die Politik des Bezirks geprägt.

Für uns Bündnisgrüne kam der Bruch ebenfalls überraschend. Konnten die Linken nicht ertragen, einen weiteren Bezirk an die Bündnisgrünen zu verlieren? Allerdings hatte es schon lange an mehreren Stellen zwischen SPD und Bündnisgrünen geknirscht, an anderer Stelle auch mit den Linken. Vor allem bei der Stadtentwicklung, beim Wohnungsbau, aber auch beim Umgang mit der Insolvenz des Kinos Colosseum.

Weitere Informationen

Zur Situation am Pankower Tor, an der Greifswalder Straße und an der Werneuchener Wiese finden Sie auf unserer Website ausführliche Texte in den einzelnen Regionalausgaben dieser Zeitung. Folgen Sie einfach dem Link über diesen QR-Code.



Alle Parteien sind sich einig, dass in Pankow dringend Wohnraum gebraucht wird. Aber wie und wo, darüber gibt es Streit. Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass ökologisch gebaut wird: Das bedeutet nicht einfach nur, dass Solarzellen aufs Dach kommen und möglichst nachwachsende Rohstoffe verwendet werden. Wir wollen verdichtete, urbane Stadtquartiere mit viel allgemein zugänglichen Grünflächen, also hoch bauen, damit nicht so viel Fläche versiegelt wird. Urban heißt: gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und Geschäfte, die man zu Fuß erreichen kann, damit die Bewohner*innen das Auto möglichst selten oder am besten gar nicht brauchen. Was wir nicht wollen, sind sich weit ins Land ausdehnende Einfamilienhäuser und Einkaufszentren auf der grünen Wiese.

Hier gibt es immer wieder Streit mit anderen Fraktionen, insbesondere auch mit Linken und SPD. Am Pankower Tor waren wir die Einzigen, die sich gegen den Bau einer Shopping Mall und zweier Möbelhäuser einsetzten – wir finden, eins ist mehr als genug. An der Greifswalder Straße, direkt am S-Bahnhof, wo man aus unserer Sicht perfekt Wohnungen bauen könnte (und keineswegs im Thälmann-Park), blockieren Linke und SPD seit Jahren die Entwicklung und verhindern damit auch den dringend benötigten Schulbau. Im Norden wollen wir den Naturraum erhalten und verhindern, dass dicht an die Schutzgebiete gebaut wird.

Diese Konflikte prägen auch diese Wahlperiode. Allerdings sind wir in der Opposition. Gleichzeitig sind wir die stärkste Fraktion und können uns Mehrheiten suchen. Gerade im sozialen Bereich, für mehr Vielfalt und Arbeitsschutz sowie zum Ausbau von Radwegen können wir oft auf die Unterstützung von Linke und SPD zählen. Gemeinsam mit CDU und FDP treiben wir die Digitalisierung voran und streiten dafür, dass endlich mehr Wohnungen auch im innerstädtischen Bereich gebaut werden.

Es geht um gute Ideen

Keine Mehrheit finden wir leider oft beim Baumschutz. Wir waren die Einzigen, die sich für den Erhalt der Eschenallee an der Werneuchener Wiese eingesetzt haben. Auch beim Klimaschutz sind die anderen Fraktionen oft nicht bereit, weitergehende Forderungen mitzutragen. Dabei liegen die Fronten manches Mal anders, als man denken sollte. So stimmten etwa Linke und SPD gegen einen Antrag von FDP und Bündnisgrünen für die Pflanzung von Bäumen am Thälmann-Denkmal, die den Besucher*innen Schatten spenden sollten. Die CDU stimmte auch dagegen – aber nicht, weil sie die Bäume nicht will, sondern weil sie das Denkmal nicht will.

Bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen in Pankow müssen alle demokratischen Fraktionen aufeinander zugehen. Generell geht es in der Bezirkspolitik oft weniger um Parteiprogramme als um gute Ideen, wie man das Leben für die Bürger*innen in Pankow verbessern kann. Die anderen Fraktionen bringen wertvolle Sichten ein, weil sie andere Teile der Bevölkerung gut kennen. In den Ausschüssen trägt manchmal jede Fraktion eine kleine Verbesserung zu einem Antrag bei. Da sagt die CDU: Es fehlt noch X. Die Linke sagt: Stimmt, aber wo Sie es sagen, Y fehlt auch noch.

In diesem Politikstil sehen wir eine große Chance. Die bündnisgrüne Partei hat ihre Wurzeln in Basis- und Bürgerbewegungen, wo genau dieser Umgang, das Verhandeln auf einen Konsens hin gepflegt wird. Dabei geht es darum, einen guten Vorschlag noch besser zu machen, das Beste für alle herauszuholen, statt Sieg nur für eine Seite. Auch das ist bündnisgrüne Politik. Obwohl in der Opposition, können wir diesen Umgang aller Fraktionen miteinander vorantreiben – auch weil wir die stärkste Fraktion sind.



Hannah Wettig ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Pankow.

KLIMA KONKRET

Beispiel Miniwälder

In Pankow sollen besonders artenreiche Miniwälder in Grünanlagen entstehen. Die Idee dazu hatten die Vereine „BioDiversity“ und „Kiezwald“, die sogar anbieten, selbst Geld über Förderungen aufzutreiben. Eine Testpflanzung auf einem Pankower Schulgelände ist bereits erfolgt, und es gibt Unterstützung von Kleingärtner*innen, Naturschützer*innen und Lehrer*innen – aber das Bezirksamt mauerte bisher. Daher unterstützt die bündnisgrüne Fraktion nun zwei Anträge, denen der erste von drei BVV-Ausschüssen bereits einstimmig zugestimmt hat.

Miniwälder nutzen die international erprobte Miyawaki-Methode. Dabei werden ausschließlich heimische Arten verwendet und drei bis fünf Setzlinge pro Quadratmeter gepflanzt – also sehr dicht. Das erhöht den Artenreichtum. Schon etwa eine Fläche in der Größe eines Tennisplatzes reicht dafür aus.

Das Besondere: Neben der Funktion für die Klimaanpassung und der Umstellung städtischer Grünflächen auf mehr Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen fördert ein Miniwald auch Umweltbildung. Denn er wird mit Beteiligung von Anwohnenden oder Kindern von naheliegenden Schulen und Kitas geplant, gepflanzt und gepflegt. Schon vor der Pflanzung erhalten Interessierte eine Einführung in Pflanzmethode, Baum- und Bodenkunde. Der Pflanztag ist das Herzstück des Ganzen.

Im Anschluss pflegen und beobachten wechselnde Teams von Schüler*innen oder Anwohnenden das Wäldchen. Die Beobachtung erfolgt nach dem Konzept der Bürger*innen-Wissenschaft, das heißt, Bürger*innen unterstützen mit den erhobenen Daten die Wissenschaft. Diesen ersten Miniwäldern folgen hoffentlich noch viele weitere in Pankow und ganz Berlin.

Axel Lüssow ist Sprecher für Klimaanpassung, Umwelt und Natur in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

Beispiel Hagenauer Straße

Die Hagenauer Straße in Prenzlauer Berg ist eine triste Steinpiste. Im Sommer knallt die Sonne erbarmungslos aufs Pflaster und heizt die Straße auf. Kein einziger Baum spendet Schatten. Niemand hält sich hier länger auf. Selbst für den Cafébetrieb scheint die Straße zu unwirtlich, obwohl im schicken Szenekiez zwischen Knaack- und Husemannstraße gelegen.

Anwohner*innen und Klimaschutzinteressierte wollen das ändern. Dafür haben sie 2020 die Initiative „Klimastraße Hagenauer“ gegründet und diskutieren dort Ideen und Wünsche, wie die Straße in eine Klimastraße umgebaut werden soll. Klimastraßen beinhalten einen Mix aus ökologischen Maßnahmen: Begrünung, klimafreundliche Verkehrsgestaltung, Regenwasserbewirtschaftung, Aufenthalts- und Begegnungsräume, Energieeinsparung.

Die Initiative will zudem auf Basis ihrer Erfahrungen einen Leitfaden für weitere Klimastraßen erstellen. Auf Anstoß der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen brachten die Bürger*innen 2021, unterstützt auch von SPD und der Linken, einen Antrag für eine Klimastraße in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein. Auch der Senat will das Modellprojekt. Deshalb erstellt das Bezirksamt aktuell eine Machbarkeitsstudie.

In diesem Rahmen lässt das Bezirksamt derzeit den Zustand der Straße analysieren und führt Verkehrszählungen durch. Das Amt organisiert darüber hinaus Workshops, in denen Anwohner*innen mehrere Varianten zur Umgestaltung der Straße erarbeiten. Wichtig sind dabei die Klimawirkung der künftigen Begrünung und die ökologische Qualität der Maßnahmen, insbesondere die Berücksichtigung von Regenwasserbewirtschaftung. Auch die Mobilität soll für die Straße neu gedacht und konzipiert werden. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sollen bis Mitte 2023 vorliegen und der BVV vorgestellt werden.

Reemt Heuke ist Sprecher für Klimaschutz in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.



Klausurtagung der bündnisgrünen Fraktion im Februar 2022

„WIR HABEN ALS GESELLSCHAFT DIE JUNGEN MENSCHEN AUS DEM BLICK VERLOREN.“

Die grünen Stadträt*innen Cordelia Koch und Cornelius Bechtler erklären im Interview, wie sie ressortübergreifend die Corona-Folgen angehen.

Hannah Wettig: Coronakrise, Energiekrise, Klimakrise – es wird schon von „Kettenkrisen“ gesprochen. Cordelia, was erlebst du im Sozialamt – was machen die Krisen mit den Menschen?

Dr. Cordelia Koch, Stadträtin für Soziales und Gesundheit: Wenn ich ins Frühjahr zurückblicke, als die vielen Tausend Geflüchteten aus der Ukraine kamen und sich lange Schlangen vor dem Sozialamt bildeten – da habe ich ganz viel Empathie und Engagement erlebt sowie eine große Bereitschaft, anzupacken. Da war es spürbar, wie wichtig es allen ist, diese Krise zu überstehen. Uns haben auch sehr viele Freiwillige im Amt geholfen. Nicht nur haben viele Menschen privat Geflüchtete aufgenommen – in Pankow sind auch ganz viele Ehrenamtliche zum Sozialamt gekommen und wollten helfen. Wir haben daraufhin Zelte aufgebaut, wo Freiwillige Tee ausgeschenkt und geholfen haben, Anträge auszufüllen. Dafür gebührt ihnen riesiger Dank. Für meine Mitarbeiter*innen war es ein großer Erfolg, weil wir erstmals so eine Zusammenarbeit zwischen Amt und Bürger*innen organisiert hatten und das toll geklappt hat. Man kann daraus lernen, was alles möglich ist, wenn nur alle wollen und das gemeinsame Ziel erreichen möchten. Das gilt auch für meine Mitarbeiter*innen. Wir haben gemeinsam Großes in Pankow geleistet: 4.500 Menschen in fünf Monaten versorgt – zunächst ohne eine einzige zusätzliche Mitarbeiterin. Inzwischen freuen wir uns, dass man von außen nicht mehr sieht, dass wir ein Problem hatten.

Wettig: Ich sehe bei meinen eigenen Kindern, was die Krisen mit denen machen. Wie erlebst du das im Jugendamt, Cornelius?

Cornelius Bechtler, Stadtrat für Jugend und Familie: Man muss klar sagen, dass wir als Gesellschaft die jungen Menschen eine ganze Zeit aus dem Blick verloren hatten. Das ist ziemlich erschreckend. Wir haben das 2021 schon ein bisschen mitbekommen. Aber jetzt merken wir die

Folgen der Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen eindeutig. Es gibt Sozialphobien, Angststörungen, Depressionen – und zwar bei manchen in einer Intensität, die erschreckend ist. Wir hatten schon vorher das Problem, dass es nicht genügend Psychotherapieplätze gab. Da muss dringend etwas passieren und damit dürfen die Bezirke nicht alleingelassen werden. Hinzu kommt, Stichwort „Kettenkrisen“, dass es kaum gesellschaftliche Bereiche gibt, die nicht von Krisen betroffen sind. Die entscheidende Aufgabe für uns als Erwachsene ist, dass wir die Kinder und Jugendlichen bei der Bearbeitung dieser Krisen nicht aus dem Blick verlieren.

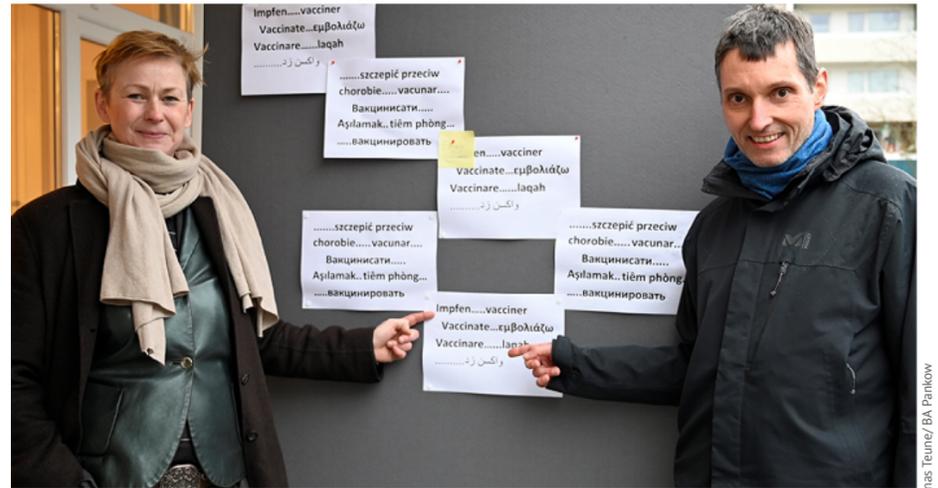
Ganz wichtig ist dabei übrigens auch die Kindergrundsicherung, an der Lisa Paus, die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, mit Hochdruck arbeitet. Das ist eine ganz wichtige Entlastung für Familien. Gerade jetzt mit den steigenden Kosten fürs Heizen und vieles andere ist das ein wichtiges Signal: Wir wollen Familien entlasten und die Kinder unterstützen!

„Wir haben in Pankow in fünf Monaten 4.500 Geflüchtete aus der Ukraine versorgt.“

– Stadträtin Cordelia Koch

Wettig: Cordelia, du hast einen Plan entwickelt, wie man diese verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche verbinden kann, damit nicht jedes Amt die Krisen für sich bearbeitet?

Koch: Meine Gegenstrategie ist ressortübergreifend. Wir werden eine Ämterrunde zu den Folgen der Pandemie einberufen. Es ist ganz wichtig, dass sich die verschiedenen Ämter austauschen. Derzeit hat jedes seine eigene Strategie. Sozialamt, Jugendamt, Wohnungsamt, Integration, Schule, aber auch Grünanlagen haben alle mit den Folgen der Pandemie zu tun. Aber derzeit



Die bündnisgrünen Stadträt*innen Cordelia Koch und Cornelius Bechtler bei einer Impfkation des Bezirks: Impfen ist weiterhin das wichtigste Mittel zur Bekämpfung des Corona-Virus.

gibt es wenig Austausch. Da wir nur begrenzte Mittel haben, ist es umso wichtiger, dass wir eine gemeinsame Strategie entwickeln.

Bechtler: Grünanlagen sind ein wichtiges Stichwort. Ich widme mich da besonders dem Thema Jugendorte. Wir haben während der Pandemie erlebt, wie wichtig öffentliche Treffpunkte für junge Menschen sind, beispielsweise in Parks. Wir brauchen Jugendorte, die von Kindern und Jugendlichen selbst gestaltet werden können.

Wettig: Wie sieht es mit der stärkeren Einbindung von Kindern und Jugendlichen aus – was tut das Jugendamt in dieser Richtung, Cornelius?

Bechtler: Der Bezirk Pankow durchläuft derzeit die Zertifizierung als kinderfreundliche Kommune. Wir stellen gerade einen Aktionsplan auf. Das ist aber nicht nur eine Aufgabe des Jugendamtes, sondern des gesamten Bezirksamtes und aller planenden Ämter.

Wettig: Neben den Kindern und Jugendliche haben besonders viele Senior*innen sehr unter der Coronakrise gelitten, vielfach auch unter der damit einhergehenden Einsamkeit. Jetzt kommt noch die Energiekrise obendrauf. Was tut ihr in diesem Zusammenhang, Cordelia?

Koch: Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Es hieß ja, vulnerable Gruppen sollen besonders geschützt werden. Rückblickend haben wir vielen sicher nicht nur Gutes getan. Im vollstationären Pflegebereich ist gerade ein Gutachten in Arbeit, das die Rechte der Bewohner*innen und ihre Situation betrachtet. Es geht um die Frage, wie man die Einrichtungen ertüchtigen kann, um künftig Vereinsamung zu verhindern und trotzdem die Menschen zu schützen.

Hannah Wettig
ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Pankow.

QUEER IN PANKOW



Pankow war einst das Zentrum für queeres Leben in Ostberlin. In Prenzlauer Berg gründeten 1973 Schwule und Lesben eine eigene Organisation. Der SED-Staat reagierte ablehnend, doch die Netzwerke blieben. Den „Sonntags-Club“, mittlerweile in der Greifenhagener Straße, gibt es bis heute.

Obwohl in den letzten Jahren viel für die Gleichberechtigung queerer Menschen erreicht wurde, sind sie immer noch viel zu oft Zielscheibe von Hasskriminalität und leiden häufiger an stressbedingten Erkrankungen. Laut einer Umfrage hat fast die Hälfte von ihnen in der Schule Mobbing erlebt. Verlässliche Zahlen zur Gewalt gegen queere Menschen gibt es dennoch bislang kaum.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun erfolgreich dafür gesorgt, dass der Bezirk eine*n Beauftragte*n für die Belange queerer Menschen bekommt. Der oder die Beauftragte soll unter anderem Diskriminierung bekämpfen, aber auch queere Projekte unterstützen. Eine breite Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung hat dem von uns initiierten Antrag zugestimmt.

Christoph Göring
ist Sprecher für Queerpolitik in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

EIN ORT FÜR ALLE



Pankow hat eine lebendige Zivilgesellschaft. Als bündnisgrüne Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung unterstützen wir das breite bürgergesellschaftliche Engagement ganz praktisch, indem wir mit vielen Initiativen zusammenarbeiten. Aber auch, indem wir die Rahmenbedingungen für Engagement sichern. Deshalb arbeiten wir an einer konsequenten Anwendung der bezirklichen Leitlinien für Bürger*innenbeteiligung und der Weiterentwicklung des Bürger*innenhaushalts. Außerdem initiieren wir Projekte, die eine echte Beteiligung für alle Pankower*innen schaffen.

Wir streiten dafür, dass Pankow als geschlechtergerechter Bezirk weiterentwickelt wird – vor allem, indem wir über Aktionspläne und Maßnahmen zum Schutz von Mädchen und Frauen beitragen und die Haushaltspolitik konsequent geschlechter- und diversitätsgerecht weiterentwickeln.

Wir möchten queere Infrastruktur in Pankow weiter bekanntmachen, Mehrsprachigkeit als Qualifikation anerkennen und die Diversität in der Bezirksverwaltung fördern. Dafür haben wir bereits einige Anträge erfolgreich in die BVV eingebracht.

Can Aru
ist Sprecher für Digitalisierung und Religionspolitik in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

GEGEN HÄUSLICHE GEWALT

In seltener Einigkeit haben die demokratischen Fraktionen der Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossen, ihre Novemberversitzung dem Thema häusliche Gewalt zu widmen. Der Mord an Zohra Gul im April hat uns auferüttelt. Dass ihre Hilferufe und Anträge auf einstweiligen Schutz ihr nichts nützten, fordert uns dringend zum Handeln auf. Eine umfassende Gewaltschutzstrategie, wie sie die von der Bundesregierung unterzeichnete Istanbul-Konvention fordert – mit einem Ineinandergreifen von Prävention, Intervention, Opferschutz und Sanktion –, gibt es in Pankow bisher nicht.

Darum werden alle Fraktionen anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen auf der BVV am 16. November 2022 Anträge zum Thema Bekämpfung von häuslicher Gewalt einbringen, die zuvor in einer Arbeitsgruppe abgestimmt werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will Schulungen für Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften, in denen über Rechte und Hilfsangebote aufgeklärt wird. Im Bereich Prävention fordern wir Angebote zur Täterarbeit in Pankow. Diese kann einen Teil der gesellschaftlichen Reaktion darstellen, Täter zur Verantwortungsübernahme für ihr gewalttätiges Verhalten zu bewegen und eine Verhaltensänderung durch intensive Auseinandersetzung mit den eigenen Verhaltensmustern anzuregen. Täterarbeit gilt unter Experten als eine zentrale Säule der Bekämpfung häuslicher Gewalt. Dennoch sind solche Angebote in den letzten Jahren zurückgegangen. In Berlin gibt es derzeit nur drei Anlaufstellen: In Mitte, Neukölln und Charlottenburg.

Helene Bond
ist Sprecherin für Gleichstellung und Soziales in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

HILFE IN DER ENERGIEKRISE

Der Winter steht vor der Tür. Viele Menschen in Pankow blicken wegen der stark gestiegenen Preise mit Sorge auf ihre Energie- und Heizkosten. Wir als Bezirksfraktion sind als Kommunalpolitiker*innen ganz dicht dran an diesen Problemen, haben in dieser Hinsicht aber so gut wie keinen Einfluss.

Hier finden Sie erste Antworten zu Fragen, wenn Sie Hilfe benötigen:
berlin.de/energie/faq



EINE MODERNE STADT SCHÜTZT DIE SCHWÄCHSTEN

Liebenswert und lebenswert:

So ist das Pankow, das wir uns wünschen. Dafür müssen Parks und Spielplätze gepflegt und die Bewohner*innen Pankows – Jung und Alt – besonders geschützt werden. Das gelingt durch die Sicherung bezahlbarer Mieten, durch die Bereitstellung ausreichender Schulplätze und durch den Ausbau von Pankows Infrastruktur. Dafür kämpft auch die Pankower Abgeordnete Oda Hassepaß im Berliner Abgeordnetenhaus. „Einfach machen“ ist dabei stets ihr Motto, um die beschlossene Verkehrspolitik schnell auf die Straße zu bringen. Ihre Überzeugung: Der Schutz der Schwächsten muss bei allen Maßnahmen der Verkehrsplanung mitgedacht werden. Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Menschen mit wenig Einkommen und Senior*innen müssen stets oberste Priorität haben. Um alle Bedürfnisse berücksichtigen zu können, braucht es gegenseitiges Zuhören. Umfragen haben ergeben, dass sich die Bürger*innen in Pankow mehr Bänke und Bäume in ihrer Umgebung wünschen und großen Wert darauf legen, sich angstfrei und entspannt durch die Stadt bewegen zu können. Um diese Wünsche zu realisieren, muss der massive Durchgangsverkehr vermindert werden. Als Verkehrspolitische Sprecherin (Fuß- und Radverkehr) der Grünen Fraktion gilt mein Einsatz besonders der Mobilitätswende der Stadt: Eine Ausweitung von Tempo 30 erhöht die Verkehrssicherheit und verbessert das Klima der Stadt.

Flächendeckendes Tempo 30 ist in anderen europäischen Metropolen, wie etwa Helsinki, bereits Realität und hat die Sicherheit der Bürger*innen enorm erhöht. Bereits seit 2015 gibt es in der finnischen Hauptstadt keine Verkehrstoten mehr. Das muss auch für Pankow und ganz Berlin das Ziel sein. Die Pankower*innen sollen ihren Bezirk genießen können und sich keine Sorgen um die Sicherheit ihrer Liebsten im Straßenverkehr machen müssen.

Es ist längst Zeit, den Fokus hin zu einer Stadt für Menschen zu verschieben. Dafür braucht es sichere und komfortable Fuß- und Radwege. Das steigert die Aufenthaltsqualität, senkt den Lärmpegel und verringert die CO₂-Belastung. Wegweisend sind bei diesem Thema auch die Umsetzung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der ganzen Stadt, Straßenquerungshilfen oder die Sicherung von Radwegen durch Abgrenzungen vom Autoverkehr. Um besonders vor Schulen, Kitas und Einrichtungen für Senior*innen für mehr Verkehrssicherheit zu sorgen, wurde im aktuellen Haushalt ein zusätzliches Budget zur Verfügung gestellt. Los geht's, machen wir damit gemeinsam Berlin einfach sicherer!

Unsere Hauptstadt ist bei vielen Themen bereits Vorreiterin. Auch das Fußverkehrsgesetz ist ein Meilenstein für den Stadtverkehr. Jetzt gilt es, das Gesetz konsequent auf die Straße zu bringen. Unser gemeinsames Anliegen: die Begegnung der Menschen wieder mehr zu feiern und durch kluge Stadtplanung auf die Auswirkungen des Klimawandels zu reagieren.

Mir liegen insbesondere bequeme Ampelphasen, sichere Schulwege und barrierefreie Haltestellen am Herzen. Es sind notwendige Schritte, um für uns alle das Leben entspannter und gesünder zu machen. Dafür trete ich als begeisterte Radfahrerin und Spaziergängerin im Berliner Abgeordnetenhaus im Mobilitätsausschuss und im Hauptausschuss ein.



Oda Hassepaß ist Verkehrspolitische Sprecherin (Rad- und Fußverkehr) im Berliner Abgeordnetenhaus.

© Sven Tomforde

ODA HASSEPAß FORDERTE DAS 29-EURO-TICKET.



Einfach. Einheitlich. Deutschlandweit.

Der Erfolg des 9-Euro-Tickets spricht deutlich für den Wunsch der Menschen nach neuen, unkomplizierten Lösungen für den öffentlichen Nahverkehr. Über 50 Millionen Menschen waren in den Sommermonaten mit dem 9-Euro-Ticket unterwegs. Gerade Menschen mit wenig Geld konnten Besuche unternehmen, die vorher nicht möglich waren. Außerdem gab es weniger Staus auf den Straßen und über 1,8 Millionen Tonnen weniger CO₂-Ausstoß. Dies zeigt besonders deutlich: Zukunftsfähige Mobilität muss deutschlandweit gedacht werden. Oda Hassepaß hat sich daher vehement für eine dauerhafte Folgeleistung für das 9-Euro-Ticket eingesetzt. Ihre Forderung: „Das 29-Euro-Ticket. Einfach. Einheitlich. Deutschlandweit.“

Für Berlin wurde die Forderung nach dem 29-Euro-Ticket als Folgeleistung ab dem 1. Oktober bereits Realität. Die Hauptstadt macht damit einen riesigen Schritt in die richtige Richtung. Zur Entlastung. Zur Teilhabe. Zum Umdenken. Berlin ist wieder mal Vorreiterin. Nach dem Sozial- und dem Schüler*innenticket nun das 29-Euro-Ticket. „Das ist ein großer Erfolg und hat auch den Druck auf die deutschlandweite Lösung erhöht“, betont Oda Hassepaß. Günstige, nachhaltige Mobilität ist Gemeinwohl: Sie ist sozial gerecht, klimafreundlich und energiesparend. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

ODAS VISION: EIN BERLIN FÜR ALLE

Politik machen bedeutet, den Versuch zu unternehmen, die Welt zum Besseren zu verändern, jeden Tag ein Stück. Wichtig dabei ist es, den Optimismus nicht zu verlieren und sich bloß nicht vom Gemecker bremsen zu lassen. Nicht alles muss neu erfunden werden. Oft reicht schon ein Blick in andere Metropolen, um zu sehen, wie wir unsere Stadt lebenswerter, grüner und sicherer gestalten können. „Schulstraßen“ sind so ein Beispiel. In Paris und Wien haben sie sich bereits bewährt. Morgens werden dafür vor Schulen die Straßen für einen festgelegten Zeitraum nur für Fuß- und Radfahrende geöffnet. Das ermöglicht einen sicheren Schulweg und entspanntes Ankommen für alle Schüler*innen. Elterntaxis werden so reduziert und die Autonomie unserer Kinder wird gestärkt. Lassen wir gemeinsam die Vision zur Wirklichkeit werden. Im Koalitionsvertrag ist die Umsetzung der „Schulstraßen“ bereits verankert. Bringen wir sie nun in unsere Stadt. Wenn jede*r frei ist von Sorgen und Ängsten und eine friedliche Koexistenz für alle möglich ist, entsteht das gute Leben. Dafür braucht es einen respektvollen und wohlwollenden Umgang mit der Welt, den Menschen und der Natur. Das bedeutet auch gegenseitige Rücksichtnahme und Empathie zwischen allen Verkehrsteilnehmer*innen. Mit den Worten von Joseph Beuys: „Die Zukunft, die wir wollen, muss erfunden werden, sonst bekommen wir eine, die wir nicht wollen.“

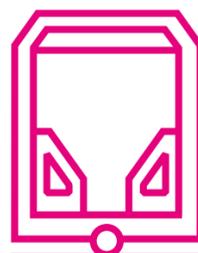
Kontakt und Infos

Oda Hassepaß, MdB
Grünes Kiezbüro „B5“ | Berliner Str. 5 | 13187 Berlin
Sprechzeiten:
Mi. 10 bis 12 Uhr
Do. 15 bis 17 Uhr
Fr. 12 bis 14 Uhr

🌐 oda-hassepass.de
✉ buero.hassepass@gruene-fraktion.berlin
f @ODAfuerPankow
t @OdaHassepass
i @oda_hassepass

Impressum

Für diese Seite:
Oda Hassepaß (ViSdP)
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5 | 10111 Berlin



© Rainer Kurzeiler

Mit vollem Einsatz für die Mobilitätswende: Oda Hassepaß

VERKEHRSWENDE IM BUNDESTAG

Das Spiel für Benziner und Diesel ist ab 2035 aus

Ab 2035 dürfen nur noch emissionsfreie PKW neu zugelassen werden. Das ist ein Meilenstein für Antriebswende und Klimaschutz, EU-weit beschlossen. Die Autoindustrie hat dabei längst den Weg zur Elektromobilität eingeschlagen, nun hat sie auch Planungssicherheit. Ohne Druck von Bündnis 90/Die Grünen hätte es den EU-Beschluss so nicht gegeben. Jetzt muss es rasch voran- bzw. weitergehen, etwa beim Aufbau einer landesweiten Ladeinfrastruktur. Denn ...

Verkehrsbereich reißt Klimaziele

Seit Jahren verfehlt der Verkehrssektor seine Klimaschutzziele. Verkehr muss dringlich vermieden, verlagert und dekarbonisiert werden, um hier erfolgreich zu sein. Der Bundesverkehrsminister ist gesetzlich verpflichtet, ein Sofortprogramm vorzulegen, wenn die Ziele wie geschehen gerissen werden. Der Expert*innenrat der Bundesregierung muss das dann auf Tauglichkeit prüfen, hat aber eine Bewertung abgelehnt. Denn die Vorlage taugte nicht. Konsequentes Handeln ist die Aufgabe, und das ist eben nicht mehr nur eine politische, sondern genauso eine rechtliche Frage nach dem Klimaschutzgesetz. Deswegen freue ich mich über die klare Ansage. Weil: Beständiger Teil meiner Arbeit ist es, ebenso gerade gegenüber dem Verkehrsministerium Klimaschutz in aller Deutlichkeit einzufordern, anzuregen und durchzusetzen. Da hilft diese Klarheit aus der Wissenschaft sehr.

Klimaschädliche Subventionen abbauen

Es gibt eine Menge klimafeindlicher Subventionen, das Dienstwagenprivileg in seiner jetzigen Form oder Steuervergünstigungen für Diesel und Kerosin sind solche. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, sie abzubauen. Für die Entfernungspauschale ist jetzt eine soziale und ökologische Umgestaltung im Koalitionsausschuss beschlossen worden – aber auch das ist noch kein gültiges Gesetz. Die Umsetzung muss folgen, auch da hakt es noch in den FDP-geführten Ministerien. Mehr Haushaltsmittel für den Ausbau von Radverkehr und ÖPNV werden als eine Klimaschutzmaßnahme verpuffen, wenn zugleich fossile Verkehrsmittel unvermindert fortgeführt werden.

9-Euro-Ticket inspiriert

Bundesweit wurden mehr als 50 Millionen Tickets verkauft, hinzu kommen 10 Millionen Abos. Ziel ist jetzt ein bundesweites Ticket ab Anfang 2023. Anderthalb Milliarden Euro sind reserviert, wenn die Bundesländer mitziehen und in gleicher Höhe Mittel bereitstellen. Mit drei Milliarden Euro ließe sich z. B. ein bundesweit gültiges 49-Euro-Ticket gut finanzieren. Als Bündnisgrüne machen wir Druck, damit Verkehrsminister Wissing und die Länder rasch eine Einigung hinbekommen. Auch die Berliner RGR-Koalition macht Druck mit dem 29-Euro-Ticket als Übergangslösung bis Dezember. Bei den steigenden Energiepreisen müssen auch mehr Mittel jenseits der Ticketfinanzierung in den Topf, um Angebote im Nah- und Regionalverkehr zu erhalten und auszubauen.



© Julia Bornkessel

Kämpft als direkt gewählter Abgeordneter im Bundestag für Klimaschutz und Verkehrswende: Stefan Gelbhaar

Entlastung für Pendler*innen auch in Berlin und Brandenburg

Mit einem bundesweiten Ticket würden die Grenzen zwischen den Tarifzonen AB und C entfallen. Mit dem Auto vom C-Bereich in den Berliner B-Bereich fahren, um nur das AB-Ticket zu bezahlen: das entfiel. Ziel wäre immer entspannt und direkt der nächste Bahnhof. Staus und Verkehrsspitzen würden reduziert – und auch unnötige Emissionen vermieden.

Dauerkonflikt A100: Weiterbau verhindern!

Wer jedoch mehr Staus haben möchte, der baut die A100 aus: Das ist und bleibt eines der sinnlosesten und teuersten Straßenbauprojekte Deutschlands. Seit vielen Jahren kämpfe ich gegen dieses abwegige Projekt. Für heftige Irritationen sorgte der von einer FDP-Staatssekretärin angekündigte Weiterbau ohne die für solche Projekte vereinbarte Absprache in der Koalition. Vereinbart ist: Der Erhalt von Straßen hat Vorrang vor Neubau. Klar ist auch: Das Klimaschutzgesetz gilt ebenso für den Straßenbau. Beides werde ich geltend machen.

Zwischenfazit?

Viele große Baustellen bestehen, mit Verbrenner-Aus 2035 und dem 9-Euro-Ticket zwei bemerkenswerte Ergebnisse, aber noch viel mehr Arbeit vor uns, insbesondere in Sachen Klimaschutz.

IM OSTEN WAS NEUES?

Ostdeutsche Wahrnehmungen und Einschätzungen brauchen mehr Beachtung in den gesellschaftlichen Debatten, zu oft bestehen in Ost und West getrennte Meinungsräume. Die ostdeutschen Perspektiven müssen bewusster und präziser formuliert werden. Der Bundestag hat nun beschlossen, ein Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation als einen Ort der Begegnung und des Diskurses genau dafür zu schaffen. Die Jury steht, die Standortauswahl wird vorbereitet, mehrere Bewerbungen liegen vor. Gut so, es braucht mehr dieser Räume.

Etwa, um über das Verhältnis zu Russland und den Ukraine-Krieg zu sprechen, über eine neue Friedens- und Sicherheitsordnung – oder eher Konfliktordnung – für Europa. Das sind einige der Themen bei den kleinen und großen Runden der von mir mitgeleiteten Landesgruppe Ost. Dabei werden die spezifischen Erfahrungen vor und nach 1989/1990 ebenso wie die weiter erheblichen finanziellen Vermögens- und Einkommensunterschiede herausge- und bearbeitet. Aktuell geht es um die Sicherung der Energie- und Gesundheitsversorgung sowie um die Preisentwicklung. Nach der Mindestloohnerhöhung, die gerade im Osten vielen Menschen hilft (einen faden Beigeschmack eingeschlossen), gilt es in diesem Jahr, endlich den Härtefallfonds für ostdeutsche Rentner*innen an den Start zu bringen. Ziel ist es, die besonderen Härten bei der Überleitung des Rentensystems zumindest ein Stück weit anzuerkennen und zu kompensieren. 500 Millionen Euro sind dafür im Haushalt eingestellt – wenn die Bundesländer mitziehen.

Aber auch kommunal machen sich Unterschiede bemerkbar. Wussten Sie, dass nur jede 20. deutsche Städtepartnerschaft aktuell eine Stadt im Osten Europas adressiert? Auch hier werbe ich für einen besseren Austausch, so besteht z. B. zwischen Pankow und dem polnischen Kołobrzeg schon seit 1994 eine lebendige Partnerschaft. Das lässt sich ausbauen – und nicht nur im Ostteil Berlins oder der Republik.

NEUES VOR ORT

Aktuelle Herausforderungen, wie steigende Energiekosten und der Krieg in der Ukraine, betreffen viele direkt in ihrem Alltag. So erlebe ich es auch in Gesprächen, die ich mit den Menschen in Pankow und Berlin führe – etwa Polizei und Feuerwehr, Schulklassen und Sozialverbänden, dem Einzelhandel und großen Produzenten. In meinem Newsletter NEUES VOR ORT berichte ich über diese Begegnungen. Das Format ist kompakt und bündig, mit zwei bis drei aktuellen Themen und den anstehenden Terminen vor Ort.



Newsletter-Abo unter
stefan-gelbhaar.de/news



© Julia Bornkessel

Kommunikativ: Stefan Gelbhaar auf einem Pankower Kinderfest zum Weltspieltag 2022

Kontakt und Infos

Stefan Gelbhaar, MdB
Prenzlauer Berg | Prenzlauer Allee 22 | 10405 Berlin
Alt-Pankow | Berliner Str. 5 | 13187 Berlin

 stefan-gelbhaar.de
 (030) 22 77 24 70
 stefan.gelbhaar@bundestag.de
 @Gelbhaar
 @StefanGelbhaar
 @stefangelbhaar
 GelbhaarStefan

Impressum

Für diese Seite:
Stefan Gelbhaar (ViSdP)
Bündnis 90/Die Grünen
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

EIN NEUES STADTVIERTEL, WO EINMAL GLEISE LAGEN – PANKOWER TOR

Bald geht es los! Was passiert mit dem Gelände des ehemaligen Rangier- und Güterbahnhofs Pankow und dem Rundlokschuppen an der Prenzlauer Promenade?

„Werde ich noch erleben, dass da etwas passiert?“ – das werden Mitglieder der Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV) seit Jahren gefragt, wenn es um den ehemaligen Rangier- und Güterbahnhof zwischen Berliner Straße und Prenzlauer Promenade geht. Aber manchmal lohnt es sich, länger an einem Projekt zu arbeiten – besonders, wenn es sich, wie bei diesem ehemaligen Bahngelände mit seinen 47 Hektar Fläche, um ein zentral im Bezirk Pankow gelegenes Gebiet handelt, das die umliegenden Wohn- und Geschäftsviertel stark beeinflussen wird.

Schon als die Fläche noch der Bahn gehörte, kam die Idee auf, hier eine große Shopping Mall zu bauen. Die BVV diskutierte 2006, wie das Gelände durch verschiedene Verkehrsmittel am besten erschlossen werden kann. 2009 erwarb Kurt Krieger die Fläche und die Sache nahm Fahrt auf – nun ging es neben der Shopping Mall noch um zwei bis drei Möbelmärkte. In der Mitte der Fläche wollte der Unternehmer einen Park bauen und diesen dem Bezirk schenken, was dem Grünflächenamt den Schweiß auf die Stirn trieb: Woher sollten die Mittel für die Parkpflege kommen?

Boom der Shopping Malls ist vorbei

Ein erstes Werkstattverfahren kam zu keinem allgemein akzeptierten Ergebnis. Langsam wuchs im Bezirk die Erkenntnis, welche große Bedeutung die Fläche für den gesamten Bezirk hat. Die Bezirkspolitik kam trotz Kontroversen bei einigen Details zu dem Schluss, dass auf dieser wertvollen Fläche keine Ansammlung von Kauf- und Möbelhäusern entstehen soll, sondern ein lebendiges Stadtviertel, zu dem auch Wohnungen und soziale Einrichtungen gehören, von denen auch die umliegenden Gebiete profitieren sollen. Nicht alle fanden die Idee mit dem Wohnen auf dem ehemaligen Bahngelände gut – auf einer Bürgerversammlung rief ein Mitglied des Vereins für Pankow laut: „Der Pankower will da nicht wohnen.“ Da aber schon zu dieser Zeit die Wohnungen in Berlin knapper wurden, konnten sich diese Stimmen nicht durchsetzen.

Nach langen Diskussionen einigte man sich darauf, dass neben Wohnungen eine Grundschule, ein Park, Einkaufsmöglichkeiten, Kitas und, ja, auch ein Möbelmarkt entstehen sollten. Streit gab es um die Shopping Mall. Die wollte der Eigentümer, und eine Mehrheit der Bezirksverordneten befürwortet das. Wir, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Pankow, setzten uns für eine offene Einkaufsstraße ein, da wir ein nach außen geschlossenes Gebäude, das bis zur Neumannstraße reichen sollte, für städtebaulichen Unsinn hielten. Schließlich konnten wir den Eigentümer überzeugen. Der Boom der Shopping Malls war sowieso vorbei.

Die BVV forderte frühzeitig die Erschließung des Gebiets durch eine neue Straßenbahnlinie, die vom S-Bahnhof Pankow und Richtung Pasedagplatz führen soll. Der genaue Verlauf dieser Linie wird gegenwärtig geplant. Alle Anforderungen an das Gebiet wurden in einer Steuerungsrunde mit Vertreter*innen der Bezirks- und Landesverwaltung sowie dem Investor diskutiert – von der Zahl und Art der Wohnungen, den erforderlichen sozialen Einrichtungen, der verkehrlichen Erschließung bis zu Lärmschutz und Umweltfragen. Am Ende der Debatte stand die Ausschreibung eines Wettbewerbsverfahrens, an dem sich sechs Konsortien aus Architekt*innen und Landschaftsplaner*innen beteiligten. Die Pankowerinnen und Pankower hatten die Möglichkeit, die Entwürfe vorgestellt zu bekommen und zu diskutieren – coronabedingt online. Die Fachjury kürte schließlich den Wettbewerbssieger, dessen Entwurf die Basis der weiteren Entwicklungen ist.

30 Prozent günstige Wohnungen

An der Berliner Straße entsteht ein Stadtplatz, an dem Raum für öffentliche Nutzungen vorgesehen ist, zum Beispiel eine neue Bibliothek, eine Galerie und Büros. Dort beginnt auch eine Flanierstraße mit verschiedenen Geschäften und Gastronomie. Weiter östlich entsteht ein durchgrüntes Wohngebiet mit zwei Kitas und Spielplätzen. Die Wohnstraßen sollen nicht mit parkenden Autos

zugestellt werden. Stattdessen werden die Autos in Kiezgaragen untergebracht. Wie viele Wohnungen genau entstehen, steht noch nicht fest. Die Geschossfläche für das Wohnen ist auf 193.000 Quadratmeter festgelegt worden. Nach dem Berliner Modell für Baulandentwicklung sollen 30 Prozent der Wohnungen günstig vermietet werden. Es wird auch Angebote für betreutes Wohnen geben. Entlang der Bahn entsteht ein Park. Die Grundschule schließt sich östlich an. Der Möbelmarkt und weitere Büroflächen kommen an die Prenzlauer Promenade. Der Panketrail wird nahe der Bahn längs über das Gelände verlaufen und eine Brücke über die Berliner Straße bekommen. In Verlängerung der Neumannstraße soll es eine Unterquerung der Bahnstrecke für Rad- und Fußverkehr geben.

Einfach den QR-Code mit dem Smartphone scannen!



Zahlen und Fakten

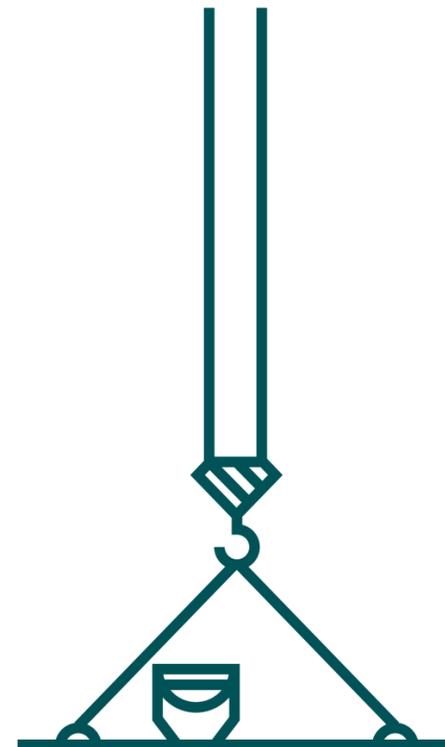
zur städtebaulichen Planung für den ehemaligen Rangierbahnhof Pankow auf der Seite des Bezirksamts Pankow

Weitere Bilder und Archivmaterial

zum Planungsprozess auf der Seite Pankower-Tor.de



Bevor es mit dem Bauen losgehen kann, ist jedoch noch einiges zu klären: Dass auf dem Gelände die streng geschützte Kreuzkröte lebt, hat sich herumgesprochen. Der Investor muss die Tiere umsiedeln oder auf dem Gelände selbst Flächen für sie schaffen und sich mit der Landesnaturschutzbehörde über das Verfahren einigen. Darüber hinaus muss noch die neu zu bauende Kreuzung Prenzlauer Promenade/Tiniusstraße geplant werden. Die verschiedenen Akteure hatten zuletzt die Hoffnung, dass das 2024 erledigt sein werde und mit den Bauarbeiten auf der Hauptfläche begonnen werden könne.



Westlich des zentralen Teils des ehemaligen Rangier- und Güterbahnhofs wird zwischen Berliner Straße und Mühlenstraße ein Park entstehen. Direkt am Bahnhof soll ein Fahrradparkhaus gebaut werden. Gleichzeitig wird die Haltestellensituation der nordwärts fahrenden Busse und Straßenbahnen am S- und U-Bahnhof verbessert und die Sicherheit für die Fahrgäste erhöht.

Zum ehemaligen Bahngelände gehören auch die denkmalgeschützten Lokschnuppen und das Verwaltungsgebäude östlich der Autobahnbrücke. Die Gebäude werden gegenwärtig vor dem weiteren Verfall gerettet. Ob die Idee, dort eine weiterführende Schule zu schaffen, umsetzbar ist, wird derzeit geprüft.



Almuth Tharan
ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Pankow.



Preisgekrönt: ein Modell des Entwurfs, der die Basis für die weiteren Entwicklungen ist

DER BOTANISCHE VOLKSPARK BLANKENFELDE – WIE GEHT ES WEITER?

Grünanlage und Gartendenkmal zugleich – das ist der am und im Landschaftsschutzgebiet Blankenfelde liegende 34 Hektar große Botanische Volkspark Blankenfelde. Er hat als einstmals größter Schulgarten Berlins auch eine über hundertjährige Tradition der Umweltbildung und Landwirtschaft. Viele Pankower*innen lieben und schätzen den Park für einen Besuch am Wochenende. Dort können sie das Arboretum und die Schaugewächshäuser erkunden und an der geologischen Wand einen Schnitt durch die Schichten der Erdkruste Mitteleuropas betrachten. Ein schönes Stück Kuchen versüßte den Besuch zum Abschluss.

Doch seit dem 1. Januar 2022 ist nicht mehr die GrünBerlin für den Park verantwortlich, ein Unternehmen, das sich vollständig im Eigentum des Landes Berlin befindet und das die „Gärten der Welt“, die Britzer Gärten oder den Westteil des Mauerparks verwaltet, sondern das Straßen- und Grünflächenamt Pankow. Das erste sichtbare Anzeichen einer Veränderung dafür war die Schließung des beliebten Café Mint.

Vom Grünflächenamt zu GrünBerlin und zurück

Was war passiert? Anfang 2011 war der Botanische Volkspark wegen finanzieller und personeller Schwierigkeiten des Pankower Straßen- und Grünflächenamtes, den Park angemessen zu verwalten, per Vertrag in die Obhut der GrünBerlin übergeben worden. Der Bezirk zahlte seitdem jährlich für den Unterhalt 300.000 Euro, dafür war er alle Sorgen rund um den Park los.

Seit 2018 wurde in einem mehrjährigen Prozess durch die GrünBerlin unter Einbeziehung der bezirklichen Fachämter und des Beirates des Botanischen Volksparks ein teures Entwicklungskonzept erstellt. Dieses schlug unter anderem vor, die bestehenden Gebäude denkmalgerecht zu sanieren, die Flachgewächshäuser inklusive eines „grünen Klassenzimmers“ wiederaufzubauen

und ein Umwelt- und Agrarbildungszentrum zu errichten. Auch Maßnahmen im Park, wie die Sanierung und Neuanlage von Wegen, neue Lernstationen, Ergänzungen von Hecken und Verbesserungen der Aufenthaltsqualität beispielsweise durch mehr Bänke wurden darin vorgeschlagen. Für die Umsetzung wurden annähernd 14 Millionen Euro prognostiziert. Dafür wurden in einem ersten Entwurf für den Berliner Landeshaushalt 2022/23 elf Millionen Euro vorgesehen, weitere Gelder wollte GrünBerlin über Fördermitteltöpfe einwerben.

Das Entwicklungskonzept klang nach einem echten Gewinn für die Anlage und für Pankow. Aber es gab noch ein Problem: Nach Darstellung von GrünBerlin deckte der jährliche Unterhalt nicht annähernd die benötigten Pflegekosten des Parks. Das Unternehmen wollte mehr Geld: Ab 2023 jährlich 770.000 Euro und einen Vertrag über zehn Jahre, damit für die künftigen Vorhaben Planungssicherheit bestand. Eine solche Summe gab der Pankower Bezirkshaushalt aber nicht her.

Entwicklungskonzept passé

Anstatt wie in den Jahren zuvor den Vertrag zunächst um ein weiteres Jahr zu verlängern und das Jahr 2022 für weitere Vertragsverhandlungen unter Einbeziehung der Senatsverwaltung zu nutzen – welche ja durch das Vorsehen von Geldern ein großes Interesse an einem langfristigen Vertrag zwischen Bezirk und GrünBerlin gehabt hätte –, verließ die erst im November frisch gewählte CDU-Stadträtin Manuela Anders-Granitzki noch im Dezember den Verhandlungstisch. Der bündnisgrüne Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung, weiter zu verhandeln, wurde nicht nur abgelehnt, sondern von Fraktionsvertreter*innen der SPD und Linken ausgiebig dazu genutzt, medial mit der GrünBerlin abzurechnen. Damit ist eine Rückkehr an den Verhandlungstisch nicht mehr denkbar, das Entwicklungskonzept passé.

Das ist mehr als schade. Hier hätte ein Leuchtturmprojekt in der landwirtschaftlichen Tradition des Parks entstehen können, mit attraktivem Gastronomieangebot am Übergang zum ländlichem Raum, mit guter Anbindung an den ÖPNV und mit ausreichende Platz für einen außerschulischen Lernort und Projekte der Zivilgesellschaft. Stattdessen ist nun das Straßen- und Grünflächenamt in der Anlage am Ruder. Übrigens dasselbe Amt, das 2009 noch erklärt hatte, dass es mit der Bewirtschaftung des Botanischen Volksparks konzeptionell und personell überfordert sei. Seitdem hat sich die personelle Ausstattung des Amtes eher verschlechtert.

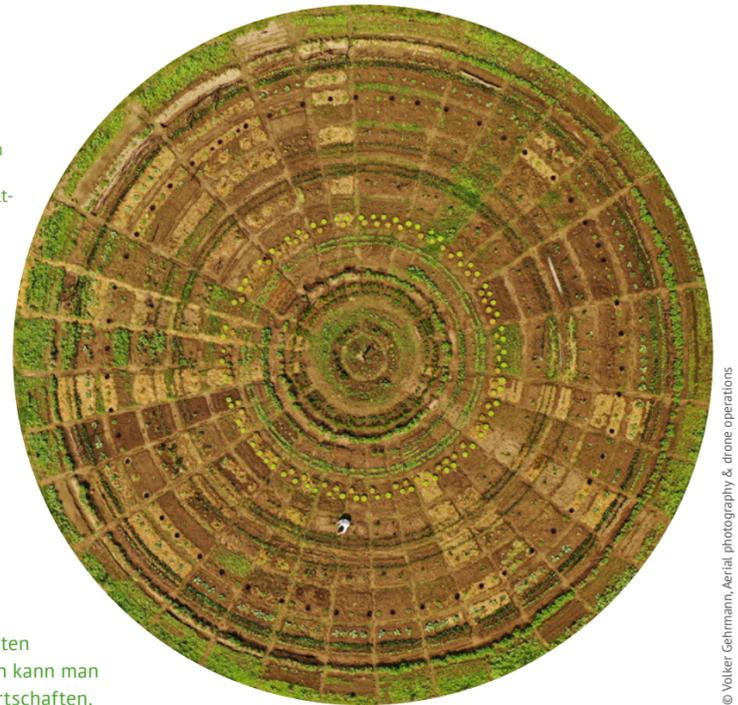


Jan Drewitz ist Pankower Bezirksverordneter und sitzt für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für Umwelt- und Naturschutz.

Ökologisch, gemeinschaftlich, entspannt: Bei Projekten wie den Bauerngärten kann man lernen, Land zu bewirtschaften.



Viel zu erkunden: Im Botanischen Volkspark gibt es unter anderem Hochgewächshäuser.



© Volker Gehrmann, Aerial photography & drone operations

ELISABETH-AUE: KLIMAAANPASSUNG UND STADTENTWICKLUNG ZUSAMMENDENKEN



© Axel Lübbow

Klimawandel bei der Stadtplanung berücksichtigen: Auf der Elisabeth-Aue sollte nicht einfach wild gebaut werden.

Die Elisabeth-Aue in Französisch Buchholz steht beispielhaft dafür, wie die Anpassung an den Klimawandel und der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum momentan gegeneinander diskutiert werden. Doch es geht auch beides zusammen. Dafür hat die bündnisgrüne Fraktion in der Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein Konzept entwickelt.

Die Felder der Elisabeth-Aue sind eine 70 Hektar große Offenlandfläche, die für viele gefährdete Tier- und Brutvogelarten ein Zuhause bietet und lebenswichtig für die Fauna der angrenzenden Natur- und Landschaftsschutzgebiete ist. Doch der Senat wies die Felder 2016 als „eine der größten Wohnungsbau-potentialflächen“ aus. Der SPD-Bausenator Andreas Geisel kündigte die Bebauung der Aue mit bis zu 5.000 Wohnungen an.

Artenvielfalt ist überlebenswichtig

Die Berliner und Pankower Stadtplanung müssen aufhören, alle Pankower Grünflächen als isolierte Orte zu betrachten, und anfangen, sie als vernetzte Biotope zu verstehen, die von den Moorslössen bei Buch bis zum Zingergraben reichen. In Zeiten der Klimakrise müssen Flora und Fauna in der Stadt räumlich miteinander verbunden bleiben, wenn wir die Berliner Biodiversität nicht zerstören wollen. Artenvielfalt ist für die Menschheit überlebenswichtig, ihr Erhalt beginnt vor der Haustür. Im Berliner Koalitionsvertrag hat die Landesregierung als Ziel festgehalten, bis 2030 mindestens 200.000 neue Wohnungen zu bauen. Bei allen Pankower BVV-Fraktionen schrillten die Alarmglocken. Doch während CDU, SPD und Linke nur die Anzahl der Wohnungen begrenzen wollen, haben die Bündnisgrünen ein Konzept vorgelegt, das Stadtentwicklung nicht nur als „Bauen“ definiert, sondern zusätzliche Kriterien wie Freiflächenentwicklung, Klimaschutz, Klimaanpassung sowie Gesundheit, Bildung und Daseinsvorsorge berücksichtigt.

Das Landschaftsschutzgebiet Blankenfelde wäre bis zur Grünzugverbindung zwischen Krugpfuhl und dem Botanischen Volkspark zu erweitern, Bestandteil dessen sollte auch die Ausweisung eines mindestens 50 Meter breiten Waldbandes und eine entsprechende Ausweisung im Flächennutzungsplan Berlin sein.

Freiflächenkonzept für Flora und Fauna

„In Pankow wurde der Klimanotstand ausgerufen, und wir dürfen jetzt nicht einfach wild Flächen vollbauen, nur weil Senator Geisel irgendwelche Bauzahlen aus dem Hut gezaubert hat. Es ist wichtiger denn je, dass der Klimawandel bei der Stadtplanung berücksichtigt wird“, meint

entsprechend Almuth Tharan, meine Co-Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Stadtentwicklung. Natürlich brauchen wir sozialen Wohnungsbau, aber die Stadtentwicklung muss die Aspekte Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen. Deswegen plädieren wir als Fraktion für eine Randbebauung der Elisabeth-Aue, deren Grenzziehung durch ein sinnvolles Freiflächenkonzept für Flora und Fauna bestimmt wird, nicht durch Bauziele, die sich die SPD mit der Baubranche gesetzt hat.

Das Konzept der bündnisgrünen Fraktion beinhaltet nicht nur den Bau von Wohnungen, sondern will auf der Elisabeth-Aue eine vorbildliche Kombination aus Siedlung, ökologischen Klein- und Gemeinschaftsgärten, Naturraum und siedlungsnahem Erholungsraum schaffen.

Die Elisabeth-Aue eignet sich besonders für ein klimaangepasstes Baugebiet, weil hier bereits geschützte Tiere und Pflanzen zuhause sind. Leider hat der zuständige BVV-Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen im Juni einen entsprechenden Antrag der Fraktion mehrheitlich abgelehnt. Die Fraktion wird sich dennoch weiter dafür einsetzen, Urbanität und Ökologie zusammenzudenken.



Hannah Wettig ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Pankow.

WEG VOM AUTO, RAUF AUFS RAD – MOBILITÄTSWENDE IN PANKOW

Die Bündnisgrünen in Pankow haben im Wahlkampf 2021 besonders laut für die Mobilitätswende getrommelt. Mit entsprechend viel Ehrgeiz und großen Erwartungen zu diesem Thema sind wir als Fraktion in die Legislaturperiode gestartet. Der Schock kam schnell: Das Straßen- und Grünflächenamt übernahm Manuela Anders-Granitzki von der CDU. Die SPD bekam das Stadtentwicklungsamt, das einen großen Teil der Verkehrsplanung übernimmt (siehe auch Seite 2). Beide Ämter waren bis 2021 zusammen in bündnisgrüner Hand. Würden die bereits vom früheren grünen Stadtrat in die Spur gebrachten Projekte weitergeführt? Ein Blick ins benachbarte Reinickendorf ließ Schlimmes vermuten. Dort hat sich das Straßen- und Grünflächenamt unter CDU-Führung viele Jahre erfolgreich gegen jede Verbesserung für den Rad- und Fußverkehr gewehrt.

Der Berliner Senat hat im Sommer 2018 mit dem Mobilitätsgesetz eine klare Richtung vorgegeben: Der Straßenraum soll so umgebaut werden, dass Menschen problemlos von ihrem privaten PKW auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen können. Fahrradfahren bietet für viele eine gesunde Alternative. Damit das gelingt, braucht es sichere Infrastruktur für Jung und Alt. Deshalb leitete der damalige bündnisgrüne Stadtrat Vollrad Kuhn ab 2020 die Einrichtung von 20 Fahrradstraßen ein. Sie sollten bis Ende 2023 fertig sein. Die Ossietzkystraße weihte er 2020 selbst noch ein. Doch die Planungen verzögern sich immer mehr. Seit der Wahl 2021 sind gerade mal zwei Fahrradstraßen neu entstanden, die Stargarder Straße und die Oderberger Straße. Die nun zuständige CDU-Stadträtin kündigte an, weitere Fahrradstraßen würden nicht so schnell dazukommen, Personalmangel sei schuld.

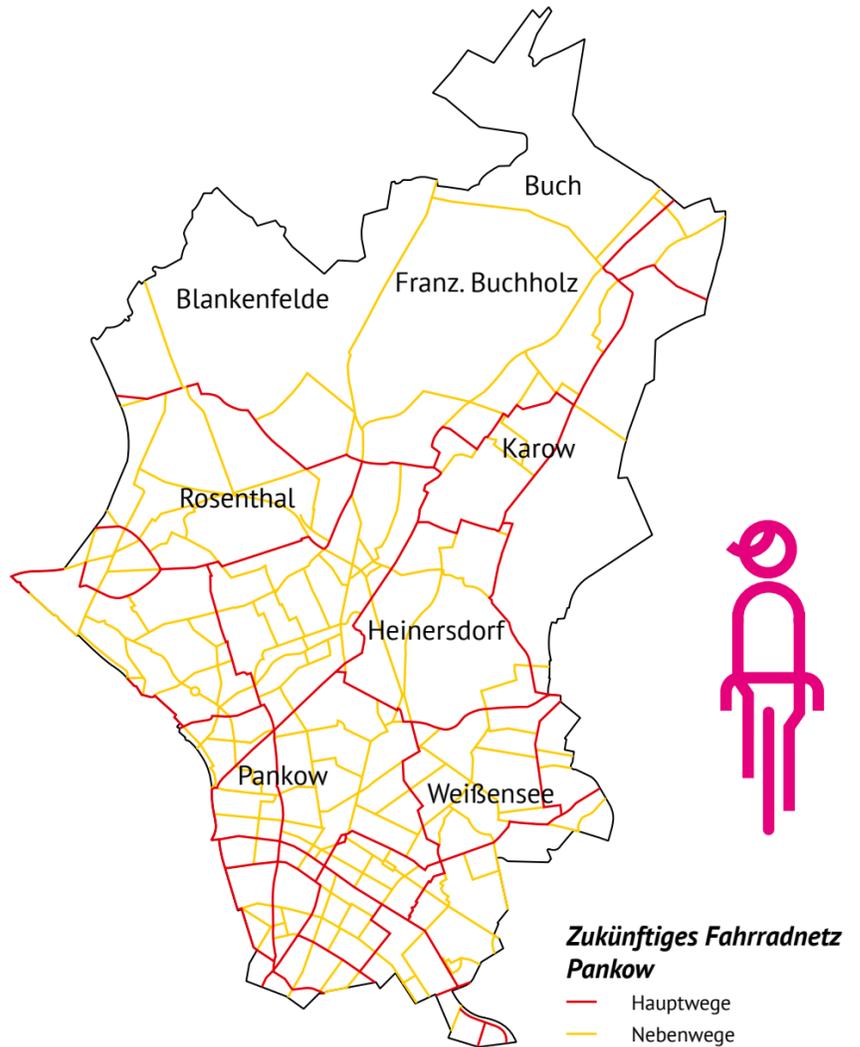
Fahrradstraßen, breite Radwege, Panketrail

Wir Bündnisgrünen kämpfen weiter für mehr Fahrradstraßen. Deshalb schlagen wir vor, Pop-up-Fahrradstraßen zu installieren. Das bedeutet, dass statt umfangreicher baulicher Maßnahmen zunächst nur die Ausschilderung als Fahrradstraße erfolgt. Dadurch wissen Autofahrende

bereits, dass sie in die jeweilige Straße nur als Anlieger*innen hineindürfen. Vor allem aber ist dadurch klar, dass Radfahrende Vorrang haben. Diese erste Maßnahme kann immer weiter verbessert werden, bis eine optimale Fahrradstraße entstanden ist. Neben Fahrradstraßen braucht es den Ausbau geschützter Radwege entlang der Hauptstraßen. Ein großer Erfolg ist der geschützte Radweg an der Schönhauser Allee: Zwischen Eberswalder Straße und Stargarder Straße entsteht 2023 auf der jetzigen Parkspur ein breiter Radweg, auf dem bis zu 10.000 Radfahrende pro Tag endlich genug Platz bekommen. Damit das Radfahren sicherer und attraktiver wird, entstehen noch weitere geschützte Radwege, wie zum Beispiel an der Tino-Schwierzina-Straße in Heinersdorf. Zudem wird mit dem geplanten Panke-trail für alle, die vom Berliner Norden nach Mitte radeln wollen, eine schnelle und bequeme Verbindung entstehen.

Kiezblocks gegen Abkürzungsverkehr

Ein weiterer Baustein der Mobilitätswende besteht darin, dem immer schlimmer werdenden Abkürzungsverkehr durch Wohnstraßen ein Ende zu setzen. Im Frühjahr 2020 luden wir zusammen mit Verkehrsinitiativen dazu ein, in einem Workshop Kiezblock-Konzepte zu entwickeln. Knapp 100 Menschen kamen und ersannen innerhalb eines Monats konkrete Vorschläge, wie durch intelligente Anordnung von Diagonalsperren und Einbahnstraßen in ihren Kiezen der Abkürzungsverkehr künftig unterbunden werden kann: PKW, Rettungswagen, Transportfahrzeuge und Müllabfuhr können zwar weiterhin jeden Ort im jeweiligen Gebiet erreichen, aber eine Durchfahrt als Abkürzung ist nicht mehr möglich. Schon in Kürze wird im Komponistenviertel der Abkürzungsverkehr zwischen der Berliner Allee und der Indira-Gandhi-Straße durch einen Kiezblock abgestellt. Auch im Arnimkiez stehen die Vorarbeiten für einen Kiezblock in den Startlöchern. Diese beiden Kiezblocks sollen dem Bezirksamt als Blaupause dienen – die dort gewonnenen Erfahrungen bei der Umsetzung können helfen, weitere Kieze vom Abkürzungsverkehr zu be-



freien. Im Vergleich mit anderen Bezirken wie Mitte oder Friedrichshain-Kreuzberg ist Pankow aber noch immer viel zu zögerlich: Während im Komponistenviertel zunächst nur ein „Kiezblock Light“ ohne Diagonalsperren errichtet wird, stehen diese im Bellermannkiez in Mitte bereits in großer Anzahl.



Patrizia Flores ist Sprecherin für Fuß- und Radverkehr in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.



Jan Drewitz ist Sprecher für Verkehrsberuhigung in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

ROBERT-RÖSSLE-STRAßE WIRD UMBENANNT

Warum im Pankower Ortsteil Buch eine alte Straße einen neuen Namen bekommt.

Nur 150 Meter misst der bezirkseigene Teil der Robert-Rössle-Straße im Stadtteil Buch. Nur wenige Pankower*innen dürften dort jemals gewesen sein. Trotzdem ist sie eine der prominentesten Straßen Pankows – und das sogar weltweit. Denn sie führt zum Medizin-Campus Berlin-Buch, auf dem privaten Gelände windet sie sich um etliche Gebäude und dient als Adresse für viele Firmen und Forschungsinstitutionen. Jetzt soll sie umbenannt werden. Es ist die erste Straßenumbenennung seit den 1990er Jahren. Das Bezirksamt hat die Pankower*innen gebeten, Vorschläge zu schicken. Favoritin ist bisher die Hirnforscherin Cécile Vogt. Im Sommer 2022 hat die Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Umbenennung des öffentlichen Teils der Straße beschlossen. Wer aber war Robert Rössle und warum wird die nach ihm benannte Straße umbenannt? Rössle war von 1929 bis 1948 Professor für Pathologie an der Charité. Als sein Hauptwerk gilt „Zur Pathologie der Familie“. Hierfür hat er unter anderem ganze Familien obduziert, die zum gleichen Zeitpunkt gestorben waren. Das wäre zu einer anderen Zeit in Deutschland kaum möglich gewesen. Denn: Familienmitglieder sterben, außer bei Unfällen, normalerweise über lange Zeiträume hinweg verteilt.

Doch unter dem Nationalsozialismus begingen viele Familien gemeinsam Suizid, um sich der Verfolgung zu entziehen. Offiziell wurden diese Tode als „Unfälle mit Leuchtgas“ beschönigt – nach der damals häufigsten Art, Selbstmord zu

begehen. Kurzum: Rössle nutzte Verbrechen des NS-Regimes für sich und seine Forschung, die es unter anderen Umständen nicht gegeben hätte.

Vier Jahre Debatte

Dem Umbenennungsantrag vorausgegangen war eine lange Diskussion. Kurz vor der Sommerpause im Jahr 2018 hatte die bündnisgrüne Fraktion einen Antrag gestellt, in dem das Bezirksamt gebeten wurde, sich mit der Person Robert Rössle zu beschäftigen und die Voraussetzungen einer Umbenennung der Robert-Rössle-Straße zu prüfen. Darauf folgte ein langer Prozess, der so damals kaum vorhersehbar war. Es gab ausführliche Diskussionen, verschiedene Vorträge, eine Bürger*innenversammlung, viele Ausschussdiskussionen und dutzende Medienberichte zu dem Thema – die Berliner Zeitung widmete der Causa Rössle sogar eine mehrteilige Serie. Die Debatte wurde deshalb so kontrovers geführt, weil Rössle über die NS-Zeit hinaus in Buch gewirkt hatte und die führende Krebsklinik der DDR, mittlerweile aufgegangen im Helios Klinikum Berlin-Buch, nach ihm benannt war. Mit der Geschichte dieser Klinik identifizieren sich viele ältere Bucher*innen. Geschichte dürfe nicht getilgt werden, argumentierten einige. Manche beharrten auch, dass Robert Rössles Verhalten eine solche Umbenennung nicht rechtfertige.

Medizinerin wird Namensgeberin

Niemand in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will Geschichte tilgen, ganz im Gegenteil. Aber die Benennung einer Straße ist eine Ehre – und

man kann nicht jemanden ehren, dessen Hauptwerk zutiefst verstörend ist mit all seinen Fotos vor allem jüdischer Familien, die ihrer Obduktion und Abbildung niemals zugestimmt haben. Auch der Verweis auf das Wirken Rössles in der DDR überzeugt nicht – wenn diese Straße nach jemandem benannt ist, der keine solche Ehre verdient, dann ist das ein Fehler, der korrigiert werden muss. Nun soll die Straße nach einer Medizinerin benannt werden. Es können noch Vorschläge eingereicht werden, neben der Hirnforscherin Cécile Vogt wurden die Kinderheilkundlerinnen Ingeborg Rapoport und Lucie Adelsberger vorgeschlagen. Alle drei waren Pionierinnen auf ihren Gebieten und gehörten zu den ersten Frauen überhaupt, die medizinische Forschung betrieben. Vogt geriet mit den Nazis in Konflikt und zog deshalb von Berlin nach Freiburg. Rapoport emigrierte wegen ihrer jüdischen Herkunft in die USA. Adelsberger, ebenfalls Jüdin, überlebte Auschwitz.



Oliver Jütting ist Vorsteher der BVV Pankow und Bezirksverordneter von Bündnis 90/Die Grünen.

TERMINE BVV-SITZUNGEN

Die BVV-Sitzungen finden in der Regel immer mittwochs um 17.30 Uhr im BVV-Saal in der Fröbelstraße 17 statt.

16.11.2022 // 14.12.2022
25.01.2023 // 01.03.2023



Livestream auf YouTube

KONTAKT

- gruene-fraktion-pankow.de
- info@gruene-fraktion-pankow.de
- 030/902 95 50 07
- @GrueneBVVPankow



Newsletter-Anmeldung

Impressum

Die Pankower Post wird herausgegeben von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow Fröbelstraße 17, 10405 Berlin.

ViSdP: Almuth Tharan, Hannah Wettig (Fraktionsvorsitzende)

Redaktion: André Anchueto, Jan Drewitz, Carmel Fuhg

Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH auf Recycling-Papier

Gestaltung: grossstadtzoo.de

Diese Zeitung darf nicht für Wahlwerbung verwendet werden.